



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Verwendung der zurück zu zahlenden Fördermittel von Motorola Flensburg

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 39. Tagung einen Bericht über die Verwendung der zurück zu zahlenden Fördermittel der Firma Motorola Flensburg zu geben. Insbesondere soll der Bericht auch auf die nachfolgenden Problemstellungen eingehen:

1. Wie hoch wird die erwartete Rückzahlung von Motorola an öffentlichen Mitteln sein, aufgeteilt nach Land und Bund und wann wird diese fällig?

2. Wie gedenkt die Landesregierung, mit diesen Mitteln neue Arbeitsplätze für die Region und für die betroffenen Mitarbeiter zu schaffen? U.a. soll beantwortet werden, ob die Landesregierung

- eine Möglichkeit sieht, bei den zurück gezahlten Fördermitteln von den Förderrichtlinien abzuweichen, so dass man gezielt bisherige Zulieferbetriebe von Motorola unterstützen kann, die jetzt durch die Einstellung der Handy-Produktion bei Motorola in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen sind?

- ein Teil der zurück zu zahlenden Mittel verwenden wird, um die Arbeitsplätze bei den von Schließung bedrohten Fahrzeugwerken Nord in Flensburg zu retten?

Begründung:

Die Einstellung der Handy-Produktion und der Verlust von 600 Arbeitsplätzen bei Motorola Flensburg sind ein herber Rückschlag für die wirtschaftlichen Bemühungen der Stadt Flensburg und der gesamten Region. Es kommt jetzt darauf an, dass die Landesregierung zusammen mit den Betroffenen vor Ort, die von Motorola zurück zu zahlenden öffentlichen Fördergelder so schnell wie möglich gezielt für die Förderung von neuen Arbeitsplätzen, insbesondere auch für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Motorola, einsetzt. Dazu sollte untersucht werden, ob die angekündigte Schließung der Fahrzeugwerke Nord in Flensburg durch gezielte Investitionen aufgefangen werden kann. Damit der Landtag die Bemühungen vor Ort konstruktiv unterstützen kann, sollte er zeitnah über die Aktivitäten der Landesregierung diesbezüglich informiert werden.

Silke Hinrichsen
und die Abgeordneten des SSW